

«Zuwanderer sollten für die Kosten, die sie verursachen, aufkommen»

Der Ökonom Reiner Eichenberger fordert eine Abgabe auf Einwanderung in die Schweiz und stösst damit in bürgerlichen Kreisen zunehmend auf Sympathie. Im Gespräch mit Katharina Fontana und Thomas Fuster erklärt er, wie er sich das vorstellt

Herr Eichenberger, die Schweiz hat 9 Millionen Einwohner und bewegt sich in grossen Schritten auf die 10-Millionen-Grenze zu. Ab welcher Zahl wird es Ihres Erachtens kritisch?

Das Problem ist weniger die absolute Bevölkerungsgrösse als ihr schnelles Wachstum. Mit Personenfreizügigkeit resultieren eine Nettozuwanderung und so ein Bevölkerungswachstum von rund einem Prozent – solange unsere Lebensqualität nicht auf EU-Niveau sinkt. Aus der 10-Millionen-Schweiz würde dann sehr schnell eine weiter explodierende 11-Millionen-Schweiz. Die Bevölkerung wächst zu schnell, und das überfordert das Land. Wir kommen nicht mehr nach: beim Verkehr, bei den Schulen, der Energie und so weiter.

Von den Bundesbehörden tönt es anders: Die Personenfreizügigkeit gilt als liberale Errungenschaft, als Erfolgsgeschichte, die Schweiz profitiert enorm davon.

Der Bund starrt nur auf den Arbeitsmarkt. Doch das ist nicht das Problem, denn die Zuwanderung schafft sich die Arbeitsplätze über zusätzlichen Konsum und Investitionsbedarf praktisch selbst. Deshalb nützt sie auch nichts gegen den Fachkräftemangel, sondern resultiert in Breitenwachstum. Dieses bringt den Politikern, Verbänden- und Wirtschaftsführern 3 B: mehr Budget, Bedeutung und Boni. Den Bürgern aber bringt es das, was ich Füllungskosten nenne: die Verknappung, Verteuerung und Überlastung von Land, Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitsleistungen, Umweltgütern und Selbstversorgungszielen. Der Bund ignoriert das. Ein Beispiel ist die CO₂-Reduktion: Da die Schweiz faktisch absolute Emissionsziele hat, müssen die zusätzlichen Treibhausgasemissionen der Zuwanderer vollständig in der Schweiz kompensiert werden. Pro Zuwanderer dürfte das 2000 bis 3000 Franken kosten – pro Jahr Aufenthalt in der Schweiz!

Aus der FDP und der Mitte sind vermehrt Stimmen zu hören, die sich für eine Art Eintrittsgebühr für Neuzuwanderer aussprechen. Sie haben ein solches Modell schon vor Jahren vorgeschlagen. Wie muss man sich das vorstellen: Soll die Schweiz zu einem Klub werden, für den man Eintritt zahlen müsste?

Wir brauchen keinen Eintrittspreis, sondern einen Aufenthaltspreis. Deshalb spreche ich von Kurtaxe. Wer in die Schweiz einwandert, hat einen enormen Wohlstandsgewinn. Deutsche verdienen hier kaufkraftbereinigt 30 Prozent mehr, Italiener 70 Prozent. Hinzu kommen die tieferen Steuern. Ein durchschnittlicher deutscher Zuwanderer erzielt pro Jahr einen Nettogewinn von etwa 30 000 Franken. Gleichzeitig profitiert er von den Vorleistungen, welche die einheimische Bevölkerung finanziert hat, und er verursacht Kosten, die zulasten der Allgemeinheit gehen und die er zumeist nicht über seine Steuern und Sozialversicherungsabgaben wettmacht. Mit einem Aufenthaltspreis würde zumindest ein kleiner Teil der Wanderungsgewinne an die Schweiz fliessen.

Der Vontobel-CEO und Mitte-Politiker Zeno Staub spricht sich für eine einmalige Einwanderungsgebühr von einem halben Jahreslohn aus, zu bezahlen vom Arbeitgeber. Was halten Sie davon?

Aufgrund der Kosten für die Schweiz und den Nutzen für die Zuwanderer kann man Aufenthaltsabgaben von jährlich 5000 bis 30 000 Franken bis zur Einbürgerung rechtfertigen. Ich war stets konservativ und habe nur 5000 pro Jahr während 5 Jahren empfohlen. Das ergäbe beim bisherigen Wanderungsverhalten jährliche Einnahmen von 2,5 bis 3 Milliarden Franken. Wie hoch die Ab-



Wächst die Schweizer Bevölkerung auf 10 Millionen und mehr, wird die Chimäre Dichtstress Realität.

ANNICK RAMP / NZZ

gabe sein soll, ist von der Politik zu entscheiden. Natürlich darf sie nur für Neuzuwanderer gelten.

Wenn ein Ausländer mit Familie in die Schweiz einwandert, müsste er dann auch für seine Familienmitglieder bezahlen?

Für Erwachsene ja. Kinder generieren zwar über die Ausbildung sehr hohe öffentliche Kosten. Da ich aber für hier geborene Kinder von Zuwanderern keine Aufenthaltsabgabe ansetzen und auch nicht zwischen ihnen und zugewanderten Kindern unterscheiden würde, empfehle ich, für Kinder generell keine Abgabe zu erheben. Für Grenzgänger sollte eine reduzierte Abgabe gelten, da sie weniger Füllungskosten verursachen als Leute, die hier wohnen.

Wer sollte zahlen: der Zuwanderer oder das Unternehmen, das ihn anstellt?

Ich empfehle Tagespauschalen, bezahlt durch die zuwandernden Personen, eben wie bei einer Kurtaxe.

Die Abgabe würde nicht vom Einkommen abhängen?

Nein. Es soll ja nicht eine weitere Steuer auf Leistung sein, sondern eine Abgeltung für Füllungskosten. Diese wachsen nicht mit dem Einkommen, sondern hängen von der Aufenthaltszeit ab. Und wer nach ein paar Jahren Aufenthalt ausreist und später wiederkommt, müsste nichts mehr bezahlen.

Wird das System schon irgendwo praktiziert? Hat ein Land bereits Erfahrungen damit gemacht?

Grossbritannien hat nach dem Brexit eine Regelung getroffen, die Elemente davon enthält. Doch sie wurde

«Einwanderer haben einen enormen Wohlstandsgewinn. Gleichzeitig profitieren sie von den Vorleistungen, welche die Einheimischen finanziert haben.»

Streitbarer Professor



fon. · Reiner Eichenberger ist seit 1998 Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Ü. Zudem ist er Forschungsdirektor des Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema) in Zürich.

gleich für Zuwanderung aus der ganzen Welt eingeführt – eine schlechte Idee. Denn dadurch wurde die Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten erleichtert, weshalb sie stark zunahm. Für die Schweiz heisst das: Sie könnte ein Dreikreise-Modell einführen. Zuwanderung aus aller Welt zum Normalpreis mit persönlicher Einzelbewilligung; aus manchen OECD-Ländern wie Japan, Kanada oder den USA zum Normalpreis und frei; und aus der EU zum Nachbarschaftspreis und frei.

Auf einen hochqualifizierten deutschen Zuwanderer dürfte eine Gebühr von 25 000 Franken nicht sehr abschreckend wirken, auf einen portugiesischen Bauarbeiter oder eine spanische Putzfrau schon. Wer würde künftig diese Arbeiten erledigen, wenn die Leute nicht mehr kämen?

Zuwanderer sollten nur kommen, wenn der Nutzen für sie und ihre Arbeitgeber grösser ist als die Kosten, die sie der Allgemeinheit verursachen. Deshalb sollten sie und ihre Arbeitgeber für diese Kosten aufkommen und einen Teil des verbleibenden Gewinns an die Allgemeinheit abgeben. Die Aufenthaltsabgabe und die Zurückdrängung der Zuwanderung können einen Lohnaufwärtsdruck bringen – aber nur da, wo vorher die hohe Zuwanderung zu Lohnabwärtsdruck führte.

Was sollte die Schweiz mit den Mitteln aus der «Kurtaxe» anstellen? An die Bevölkerung verteilen? Einen Infrastrukturfonds aufbauen zur Finanzierung von neuen Autobahnen und Schienen?

Das Geld ist bestmöglich zugunsten der einheimischen Bevölkerung zu verwenden, um sie für ihre Nachteile in-

folge Zuwanderung zu entschädigen. Was der beste Weg ist, muss demokratisch entschieden werden. Ich empfehle Steuersenkungen. Denn entscheidend ist Folgendes: Die Personenfreizügigkeit nimmt den Bürgern das Interesse an einer hohen Standortattraktivität der Schweiz, weil ihre Vorteile durch mehr Zuwanderungsdruck und Füllungseffekte kompensiert werden. Nur wenn die Ansässigen sehen, dass die Zuwanderung auch ihnen nützt und nicht nur den Zuzüglern und Spitzenkräften in Politik, Wirtschaft und Verbänden, sind sie bereit, die Schweiz attraktiv zu halten.

Wie stark würde eine solche «Kurtaxe» die Zuwanderung dämpfen?

Jeder Preis dämpft, und jeder Franken zählt. Wie stark aber die Zuwanderung zurückgehen würde, kann man nicht voraussagen – auch weil die Bürger sie wieder positiver sähen. Gut an Preisen ist auch, dass man sie je nach Entwicklung anpassen kann.

Der Bundesrat hat in einer Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss gesagt, ein solches Modell sei nicht vereinbar mit der Personenfreizügigkeit. Es sei diskriminierend gegenüber den Zuwanderern.

Die EU-Personenfreizügigkeit verbietet die Diskriminierung von Ausländern – und damit auch die Kompensation der inländischen Verlierer. In vielen EU-Staaten werden deshalb nicht die Ausländer gegenüber Inländern diskriminiert, sondern die sogenannten Outsider gegenüber Insidern. Nehmen wir das Beispiel Italien. Die Insider sind diejenigen, die heute eine feste Anstellung haben. Sie werden zum Teil absurd geschützt, etwa gilt faktisch fast ein Entlassungsverbot. Dafür kommen die Outsider kaum mehr zu regulären Arbeitsverträgen.

Die Outsider sind die Ausländer?

Ja – und die eigene Jugend. Italien müsste dringend den Arbeitsmarkt liberalisieren, doch tut es das nicht, weil dann viele Osteuropäer auf die Stellen zuwanderten. Und dann wäre der Teufel los. Für die EU heisst das pointiert: Viele EU-Länder haben faktisch keine Personenfreizügigkeit, und man darf Ausländer diskriminieren, wenn man die eigene Jugend auf dem heiligen Altar der Personenfreizügigkeit opfert.

Gleichwohl: Die Personenfreizügigkeit gilt für die EU als nicht verhandelbar. Warum sollte sie das Schweizer «Kurtaxe»-Modell akzeptieren?

Die Schweiz muss in Brüssel klar machen, in welcher Lage sie sich befindet und welche Probleme die Zuwanderung verursacht. Viele EU-Regierungen und Länder wären wohl nicht mehr im Amt und in der EU, wenn sie eine ähnlich hohe Zuwanderung hätten. Zugleich könnte man einen Teil der Einnahmen an Brüssel geben. Dann würde dort das Modell gut verstanden.

Grundsätzlich: Kann die Personenfreizügigkeit funktionieren zwischen Ländern, die so unterschiedlich attraktiv sind wie in Europa?

Natürlich sollten sich Menschen möglichst frei und ohne unnötige bürokratische Hindernisse bewegen können. Dass Europäer aus ärmeren Ländern in die reiche Schweiz oder nach Norwegen einwandern wollen, ist verständlich. Doch Personenfreizügigkeit funktioniert nur, wenn die wirtschaftlichen und politischen Unterschiede klein sind. Sonst werden die begehrten Länder überannt, und die Einheimischen erleiden Nachteile. Das versteht fast jeder – auch in der EU. In Brüssel käme ja niemand auf die Idee, mit Afrika den freien Personenverkehr einzuführen.